



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/147 - 29. Juni 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

Der ernsteste Appell an die Regierung	S. 1
Unruhiges Polen	S. 2
Zur Verabschiedung des Bundeshaushaltes	S. 3
Vorschau auf München	S. 4
Die bisherigen Parteitage der SPD (Dokumentation)	

Alarmierende Gefahr

sp. Die Freitag-Debatte über die aussenpolitische Regierungserklärung vom Vortage war die bisher ernsthafteste Mahnung der Opposition an die Regierung, die Zeichen der Zeit zu begreifen und daraus die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Durch nichts wird das Gewicht dieser Forderung eindrucksvoller unterstrichen, als durch die Veränderungen in der weltpolitischen Situation, die selbst die Bundesregierung nicht leugnen kann, wenn sie auch ihren Umfang verkennt und ihre Bedeutung bestreitet. Das einzige Eingeständnis in dieser Hinsicht war, neben gewissen Andeutungen Brentanos, Kiesingers, des CDU-Sprechers Zusage, die Regierung werde "zu gegebener Zeit" ihre Politik den neuen Verhältnissen anpassen. Man fragt sich unwillkürlich, wann dies "zu gegebener Zeit" sein wird? Und bisweilen glaubte man fast den Worten der Regierungssprecher entnehmen zu müssen, es werde dann etwa sein, wenn die Sowjetunion sich dazu bequemen wird, ihren kommunistischen und totalitären Charakter aufzugeben und in die Reihe der parlamentarischen Demokratien hinüberzuwechseln. Was inzwischen mit der Wiedervereinigung geschehen soll, blieb unklar.

Die Erklärung des Aussenministers, Ausgangspunkt der ganzen Diskussion, war so umfangreich wie inhaltsarm. Sie war vornehmlich der Vergangenheit, durch Streifen auch der Gegenwart, keineswegs aber der Zukunft zugewandt. Die Gestaltung der Zukunft aber ist gerade die Aufgabe von Politikern, die die Arbeit von Staatsmännern - la -

29. 6. 1956

übernommen haben, woran Dehler erinnerte. Jeden ernstesten, leidenschaftlichen Willen, die Wiedervereinigungsfrage unter Ausnutzung der gegenwärtigen weltpolitischen Situation vorwärtszutreiben, liess die Regierungserklärung vermissen. Und wenn das für sie gilt, so war die Rede Kiesingers alles in allem eine Summe von wenig überzeugend wirkenden Versuchen, um Verständnis für eine Haltung zu werben, die immer weiteren Kreisen im deutschen Volk, aber auch in der Welt, unverständlich erscheinen muss. Seine Behauptung, die Bundesregierung habe "erhebliche konstruktive Beiträge zur Wiedervereinigung geliefert" blieb unglaubwürdig, denn er war nicht in der Lage, sie zu belegen. Seine Hinweise auf die Verpflichtungen der Westmächte und auf die Dulles-Feststellung, der Kanzler und er, Dulles, hätten sich dahin geeinigt, die Haltung der Russen in der Wiedervereinigungsfrage zum Prüfstein "für alle unsere Beziehungen zur Sowjetunion" zu machen, konnten als Nachweis einer erfolgreichen Wiedervereinigungspolitik von niemandem ernst genommen werden.

Mittelstück der Auseinandersetzung mit der Regierung war die sehr gestraifte und ausgewogene Rede Erich Ollenhauers, der schnell zum Kern, der Wiedervereinigungsfrage, vorsties. Ollenhauer nannte ohne Umschweife das Festhalten der Regierung an ihrer bisherigen Politik einen Verzicht auf die Wiedervereinigung. Er stellte - neben einer ganzen Reihe anderer Anliegen, die in der letzten Zeit schon eine Rolle gespielt hatten - in Fortentwicklung des bisherigen sozialdemokratischen Konzeptes - die Forderung auf: "Wir können das primäre Verlangen aller Völker nach Sicherheit und Frieden in Europa nur dann mit unserem Interesse an der Wiedervereinigung in Einklang bringen, wenn wir Deutschen selbst den beteiligten Mächten konkrete Vorschläge für den zukünftigen internationalen Status eines vereinigten Deutschlands unterbreiten." An die Stelle des bisherigen Wunsches, die Statusfrage in Moskau zu stellen, tritt hier das Verlangen, diese Brückung mit einem eigenen Vorschlag zu verbinden.

Ollenhauer wandte sich aufs Schärfste gegen die Art und Weise, wie die Bundesregierung im diplomatischen Umgang die Sowjetunion brüskiert und verlangte die schnelle Normalisierung dieser Beziehungen. Er trat auch für "möglichst" normale Beziehungen zu den Ostblockstaaten ein, insbesondere mit Polen und der Tschechoslowakei, lehnte

aber ebenso entschiedenen Verhandlungen zwischen Bonn und Pankow über die Wiedervereinigung Deutschlands ab. Es könne der Bundesrepublik nicht zugemutet werden, "in diesem Stadium" durch direkte Verhandlungen zwischen diesen beiden Partnern die hervorragendsten Exponenten einer auch nach kommunistischen Vorstellungen überholten Politik zu stützen.

Der Bundeskanzler griff in diese Debatte weder nach der Rede Ollenhauers, noch nach der Dohlens ein, entgegen jeder früheren Gewohnheit bei entsprechenden Anlässen. Man konnte dies nur aus einem Mangel an Argumenten verstehen, von denen er selbst hätte annehmen können, sie würden einigermaßen überzeugen.

Nach dieser Debatte, gegen die sich die Bundesregierung so lange gestäubt hat - und heute begreift man sehr gut weshalb - wird sie immer schwerer einer Antwort auf die entscheidende Frage ausweichen können: Will die Regierung endlich eine ernsthaft, nicht auf eigene und fremde Deklamationen beschränkte Anstrengung mit dem Ziele einer deutschen Wiedervereinigung machen, unter Ausnutzung der heute weitgehend entspannten internationalen Lage, oder will sie darauf, und damit auch schon auf die Chance verzichten, die staatliche Einheit Deutschlands in absehbarer Zeit herzustellen? Zunächst hat sie sich für diesen zweiten Weg entschieden.

Das ist eine Haltung von tiefer Tragik für alle Deutschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges. Es gibt kein dringenderes und grösseres politisches Gebot der Gegenwart, als gegen diese schwächliche Resignation und dieser aus Furcht und Kurzsichtigkeit zusammengesetzten Passivität anzukämpfen. Die Aufgabe der 17 Millionen in der Zone als Folge dieser Politik ist zur alarmierenden Gefahr geworden.

Flammenzeichen

sp. Noch lässt sich die Tragweite der Ereignisse in Posen nicht übersehen. Der russere Ablauf erinnert an den 17. Juni. Arbeiter stürmen die Zwingburgen des Polizeistaates, zerfetzen die Embleme eines verhassten Regimes, durchziehen die Strassen, um dann vom Feuer eingesetzter Panzerwagen und Maschinengewehre niedergemäht zu werden. Die Staatsgewalt beherrscht durch ihren Einsatz moderner Kampfmittel wieder das Feld, die Opfer scheinen vergebens gewesen zu sein.

Die Warschauer Regierung war mit Erklärungen schnell zur Hand, zu schnell, um auch nur den Schimmer von Glaubwürdigkeit zu erwecken. Der Generalstreik, der nach den vorliegenden Berichten ein totaler war, soll das Werk "imperialistischer Agenten und Reaktiönäre" sein? Gewiss hat es in Polen bis 1950 Partisanenkämpfe gegeben, aber seitdem hat sich die polnische Emigration aller Gewaltmassnahmen enthalten, um unnötige Opfer zu vermeiden. Die polnische Emigration ist in sich zerspalten und einer geschlossenen politischen Aktion unfähig, ausserdem einem Abbröckelungsprozess ausgesetzt, der seinen sichtbarsten Ausdruck in der Rückkehr prominenter Exilpolen fand.

Es ist nicht ersichtlich, ob es sich bei den Unruhen in Posen um einen isolierten Vorgang handelt, erklärbar nur aus den besonderen Verhältnissen dieser Stadt - die Nationaldemokraten besaßen hier einst ihren stärksten Rückhalt - oder um den Ausdruck einer in ganz Polen herrschenden Grundstimmung. Die Wahrscheinlichkeit spricht für die letzte Vermutung. Die Tendenzen zur Auflockerung des Verhältnisses zur Sowjetunion sind zwar sehr weit gediehen, aber der ökonomische Druck ist geblieben. Die Posener Arbeiter verlangten die Beseitigung des Arbeitsnormsystems, höhere Löhne und mehr Freiheit - Forderungen, die wohl für alle Teile Polens gelten und die erkennen lassen, dass die eingetretene innenpolitische Auflockerung noch nicht weit genug geht, um vom polnischen Volk als wirkliche Wandlung anerkannt zu werden.

An der verstärkten Industrialisierung hält die Warschauer Regierung fest. Das schafft latente Spannungen, bedeutet eine Überbeanspruchung der vorhandenen Kräfte und den Verzicht auf eine bessere Lebenshaltung. Der Ruf nach mehr Brot halite durch die Strassen Posens; er kann auf die Dauer nicht durch den Einsatz von Panzerwagen und Maschinengewehren zum Verstummen gebracht werden. Die Leidenschaft auch des polnischen Arbeiters hat Grenzen.

Unbefriedigende Etatdebatte

EB. Wenngleich die Debatten über den 35-Milliarden-DM-Haushalt 1956, der in den gestrigen später Abendstunden gegen die Stimmen von SPD, FDP und BHE verabschiedet worden ist, politisch interessanter waren als in den Vorjahren, so sollte der Ablauf der Beratungen bei allen die Erkenntnis wachsen lassen, dass es so nicht mehr weiter geht. Von den Experten des Haushaltsausschusses abgesehen, und den Einzelhaushalten, für die es wieder wenige Sachverständige gibt, kann die Mehrheit der Abgeordneten, selbst bei bestem Willen nicht mehr aus eigener Sachkenntnis entscheiden. Daran ist nicht nur die Kompliziertheit der Materie schuld, sondern auch das Herztempo, mit dem in Bonn alle Dinge erledigt werden müssen.

Man sollte deshalb die Anregung des Abgeordneten S c h e t t l e nicht nur beklatschen, sondern auch wirklich durchführen, der vorgeschlagen hat, im kommenden Jahr die Monate Januar bis März von Plenarsitzungen freizuhalten, um den Haushalt in allen Einzelheiten zu erörtern und zu debattieren. Das deprimierende Bild, dass die Koalitionsabgeordneten von ihren Einseitigern bei jeder Abstimmung in den Saal geholt werden und nachher abstimmen, ohne zu wissen, worum es eigentlich geht, sollte sich jedenfalls nicht mehr wiederholen.

Abgesehen von diesem Grundanliegen, das Sache aller Fraktionen sein sollte, ist das zweite Kennzeichen dieser Haushaltsdebatte, dass man bis auf wenige Ausnahmen alle Anträge der SPD niedergestimmt hat, in vielen Fällen nur aus dem Grunde, weil sie von der SPD kamen. Um nur ein Beispiel anzuführen: Nachdem in der zweiten Lesung der Antrag der SPD auf Streichung der Sonderministerien abgelehnt worden war, wurde in der dritten Lesung selbst der Eventualvorschlag niedergestimmt, die Etats dieser Minister um die Hälfte zu kürzen. Diese Ablehnung ist einfach ohne Sinn und Verstand, denn jeder weiss, dass in allernächster Zeit eine Reduzierung des Kabinetts um diese Sonderminister erfolgen wird. Wir werden uns also im Herbst mit diesen Etats herumschleppen müssen, die in den Realitäten dann keine Stütze mehr finden werden. Trotzdem wurde rücksichtslos der sozialdemokratische

Antrag abgelehnt, stupor, gegen die Vernunft, nur weil die Opposition die Antragstellerin war.

Solche Beispiele liessen sich dutzendfach anführen, und sie haben wieder einmal bewiesen, dass die Koalitionsparteien, obwohl sie ausserhalb des Plenums nicht genug kundtun können, "wie sie die Faust in der Tasche ballen", sich nur als der verlängerte Arm der Regierung fühlen und ihre eigene parlamentarische Verantwortlichkeit beim "Ja" oder "Nein" des Bundeskanzlers oder der Bundesregierung endet.

Was hat man beispielsweise in der Frage der Stationierungskosten gemurrt und geraunt, im Plenum jedoch wurden die waghalsigsten und törichtesten Begründungen der Regierung beifällig aufgenommen. Man scheute sich nicht, hohe Millionenbeträge, die wir für soziale Zwecke so dringend benötigen, wider besseres Wissen zu bewilligen.

Es ist bedauerlich, dass Haushaltsdebatten in der Bundesrepublik nicht das Gewicht haben, wie beispielsweise der "Budget-Day" in Grossbritannien, obwohl gerade aus der Verteilung der 35 Milliarden DM ersichtlich wird, welche Politik in Bonn getrieben wird. Eine Politik, die die Aufrüstung voranstellt und dafür jede Summe zur Verfügung hat. Eine Politik, die die sozialen Anliegen hinten anstellt und der man jeden Pfennig hierfür abringen muss. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat zwar nur wenige ihrer gestellten Anträge durchbringen können. Diese Anträge aber waren das konstruktive und soziale Alternativ-Programm der Opposition, an dem sich nun jeder orientieren kann.

+ + +

Vor wichtigen Entscheidungen

W.P. In einer guten Woche werden die Sozialdemokraten in München ihren Parteitag eröffnen. Von allen Parteitagen dieses Jahres wird dieser in der Presse schon im voraus als der interessanteste bezeichnet. Man erwartet von ihm weittragende politische Entscheidungen über die künftige Haltung der SPD und gleichzeitig damit Klarheit über die Richtung der grossen wahlpolitischen Auseinandersetzung im nächsten Jahr.

Inzwischen hat der SPD-Vorstand - wie es die Satzungen der SPD

vorschreiben - im "Vorwärts" den Wortlaut der 94 Anträge veröffentlichen lassen, die fristgemäss von den Bezirken der Partei, den Unterbezirken und Ortsvereinen eingebracht wurden. Damit hat die gesamte Öffentlichkeit Gelegenheit, sich frühzeitig über die im Mittelpunkt der Beratung stehenden politischen Probleme zu unterrichten. Zahlreiche bereits vorliegende Kommentare und Äusserungen beweisen das rege Interesse an den Entscheidungen der Partei sowohl bei ihren Freunden als auch Gegnern.

Man gewinnt bei der Lektüre dessen, was über den Parteitag bisher gesagt wurde, allerdings den Eindruck, als seien gelegentlich einzelne Anträge mit weitgehenderen Forderungen über Gebühr herausgestellt und gewertet worden. Daraus haben sich teilweise Schlussfolgerungen ergeben müssen, die durch den zu erwartenden Verlauf des Parteitages kaum bestätigt werden dürften. Zweifellos hat die stur an der weltpolitischen Entwicklung vorübergehende "Politik der Stärke", die die Bundesrepublik immer mehr in eine Isolierung zu drängen droht, eine tiefe Unruhe in die Mitgliedschaft der SPD getragen. Es ist bezeichnend, dass von den 37 Anträgen zur politischen Lage sich allein 30 mit der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der Aufrüstungspolitik Adenauers befassen. Einige Anträge gehen weiter und fordern vom Parteitag im Interesse der Wiedervereinigung selbst die Aufnahme von Verhandlungen mit der Pankow-Regierung, falls dies Erfolg verspräche. Die Unruhe richtet sich ausschliesslich gegen die erfolglose Wiedervereinigungspolitik der Regierung Adenauer und die sie tragende Koalition. Es verrät die stürmisch wachsende Ungeduld, dass eine Reihe von Anträgen vom Parteitag einen Beschluss fordert, dass eine künftige sozialdemokratische Regierung die etwa eingeführte Wehrpflicht wieder aufhebe und diese Forderung zum zentralen Punkt einer sozialdemokratischen Wahlpropaganda gemacht werde.

Unter den Anträgen befinden sich aber zweifellos auch solche, die über die bisherige Haltung der SPD hinausgehen und zum Teil im Widerspruch zum Aktionsprogramm stehen. Es wird Aufgabe des Parteitages

sein, sich mit ihnen zu befassen und über ihr Schicksal zu entscheiden. So werden Anträge wie die Aufnahme von Verhandlungen mit Pankow, die Ablehnung einer Wiederbewaffnung unter allen Umständen und ihre Verhinderung auch unter Anwendung "ausserparlamentarischer Mittel" oder die Einführung einer Urabstimmung über wichtige Entscheidungen zum Nachweis der Existenz einer sogenannten "Links-Opposition" angeführt. Aber eine solche Annahme geht fehl. Einmal sollte man berücksichtigen, dass zwei Drittel der Anträge von Bezirks- und Unterbezirksparteitagen eingingen und keinen der umstrittenen Anträge enthalten. Die restlichen Anträge kommen von 20 Kreis- und Ortsvereinen, von denen nur neun über die bisherige Parteilinie hinausgehen. Gemessen sowohl an der Gesamtzahl der Anträge als auch an der Tatsache, dass die SPD etwa 7 000 Ortsvereine besitzt, handelt es sich hier um eine unbedeutende Zahl.

Neben der grossen politischen Linie wird der Parteitag aber auch auf anderen Gebieten wichtige Entscheidungen zu fällen haben. Fragen der Altersversorgung, die Förderung der Grundlagenforschung, Kultur-, Sport- und Bildungsfragen interessieren ebenso wie rein organisatorische oder grundsätzliche Probleme der Partei. Auch zum Thema der Verwendung von Atomenergie liegen Anträge vor. Der Parteitag wird eine Fülle von wichtiger Arbeit zu leisten haben, bei der ihn das Gesamtinteresse unseres Volkes leiten wird. Aus den vorliegenden Anträgen geht hervor, dass die SPD weiterhin eine lebendige politische Kraft in der Bundesrepublik ist, ihrer staatspolitischen Aufgabe bewusst und von tiefem Verantwortungsgefühl beseelt. Auch von den Kommentatoren wird diese Tatsache gewürdigt und anerkannt.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau

Sozialdemokratische Parteitage seit 1946

Der kommende Parteitag der SPD in München vom 10. - 14. Juli 1956 ist der 7. seit der Wiedergründung der Partei nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Gewaltregimes. Eine auf knappstem Raum zusammengefasste Übersicht gibt folgendes Bild:

Hannover, 9. - 11. Mai 1946

Der Parteitag schuf eine neue organisatorische Grundlage für die Partei. Er beschloss die Statuten und wählte zum ersten Mal Parteivorstand und Kontrollkommission. Organisatorische Überlegungen standen stark im Vordergrund der Beratungen. Das ergab sich zwangsläufig daraus, dass die Partei ganz von vorn beginnen musste, denn sie war in der Zeit der Hitlerdiktatur besonders schwer geschlagen worden und hatte einen grossen Teil ihrer Besten verloren. Auch programatische Fragen spielten damals eine grosse Rolle. Zum Vorsitzenden wurde Kurt Schumacher gewählt. An dem Kongress nahmen bereits 258 Delegierte aus allen Westzonen teil. Schumacher sprach über "Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie". Nach der Diskussion des Hauptreferates beschloss der Parteitag einstimmig eine als "Kandgebung der SPD vom 11. Mai 1946" bekanntgewordene Vorlage. Sie enthielt die wesentlichsten grundsätzlichen Vorstellungen und Forderungen der neugegründeten Partei, soweit solche Fixierungen in einem so frühen Stadium der deutschen Nachkriegsentwicklung möglich waren.

Nürnberg, 29. Juni bis 2. Juli 1947

Zwei grundsätzliche politische Referate charakterisierten den Hauptinhalt: Kurt Schumacher über "Deutschland und Europa" und Walter Menzel über den "Aufbau der deutschen Republik". Im Anschluss an diese Reden und eine ausführliche Diskussion, die die Behandlung von 56 eingebrachten Anträgen einschloss, wurden aussen- und innenpolitische Richtlinien beschlossen. Sie enthielten ein klares Bekenntnis "zum demokratischen, die Freiheit der Persönlichkeit bejahenden Sozialismus als der Gesellschaftsform des neuen Europa" und, nach innen gewandt, ein Abbild sozialdemokratischer Vorstellungen und Ziele über Verfassung, Verwaltungsaufbau und Wirtschaftsstruktur eines neuen Deutschlands.

Düsseldorf, 11. bis 14. September 1948

Kurt Schumacher war wegen schwerer Krankheit am Erscheinen verhindert. Er hatte aber selbst eine programatische Rede zum

Thema "Die Sozialdemokratie im Kampf für Freiheit und Sozialismus" ausgearbeitet, die von dem inzwischen ebenfalls verstorbenen Mitglied des Vorstandes der Partei und ehemaligen Oberbürgermeister von Kiel, Andreas Gayk, verlesen wurde. Über "Soziale Neuordnung als sozialistische Gegenwartsaufgabe" sprachen der ehemalige bayerische Finanzminister Dr. Rudolf Zorn, über "Grundsätze sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik" Dr. Hermann Veit, Stuttgart.

Beschlüsse des Parteitages betrafen u. a. die Wiederherstellung der Verbindung des Saarlandes mit dem übrigen Deutschland; die Wiedergutmachung für die Verfolgten des Naziregimes; die Lage der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie die Situation in der Sowjetzone und die Koordinierung der sozialdemokratischen Politik in den einzelnen Ländern. Besonders umfangreiche Einzel-darstellungen waren den Erfordernissen sozialistischer Sozialpolitik gewidmet.

Es wurde beschlossen, in Zukunft nur noch alle zwei Jahre einen Parteitag einzuberufen, wie das bereits in der Weimarer Republik seit 1925 gehandhabt worden war.

Hamburg, 21. bis 25. Mai 1950

Wieder hielt Kurt Schumacher das politische Hauptreferat, diesmal über "Die Sozialdemokratie im Kampf um Deutschland und Europa". "Ein geteiltes Deutschland ist ein geteiltes Europa und eine geteilte Welt mit all ihren Wundstellen und Krankheitsherden, die eine solche Zerrissung mit sich bringen". Dies war der Tenor dieser grossen Rede, in der auch alle entscheidenden Fragen der damaligen politischen Gegenwart wie Europarat, Saar, Schuman-Plan und Atlantik-Pakt angeschnitten wurden. So wie der demokratische Staat als Ganzes Ausgangspunkt für eine nationale Einheit sei, sagte Schumacher, sei die nationale Einheit die Voraussetzung für eine noch höhere internationale Verbindung. Ein lebensfähiges Europa könne nur auf den Prinzipien der deutschen Einheit, der Gleichberechtigung, einer Politik der Vernunft und der sozialen Gerechtigkeit aufgebaut werden.

Auch eine grundlegende Rede von Prof. Carlo Schmid über "Die Sozialdemokratie vor der geistigen Situation dieser Zeit" fand in der Öffentlichkeit starken Widerhall. Sie war der eindrucksvollste Versuch einer Standortbestimmung des demokratischen Sozialismus in der Mitte des 20. Jahrhunderts.

Dortmund, 24. bis 28. September 1952

Einen Monat vor Beginn dieses Parteitages, am 20. August 1952, war Kurt Schumacher gestorben. Dieses tragische Ereignis lastete als ein schwerer Schatten über der Veranstaltung. Schumacher selbst hatte noch das Hauptthema ausgewählt: "Die Einheit Deutschlands und ein lebensfähiges Europa als vordringlichste Ziele sozialdemokratischer Politik". Zum ersten Mal trat als Haupt-sprecher der Partei Erich Ollenhauer an Schumachers Stelle. Er wurde in Dortmund bei der Vorstandswahl einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Dieser Parteitag ist wegen des auf ihm verabschiedeten "Dortmunder Aktionsprogramms" von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der SPD in der Zeit nach 1945 geworden. Zum ersten Mal liegt seitdem wieder ein gründlich durchgearbeiteter, umfassender politischer Arbeitsplan, eine festumrissene Gesamtkonzeption der deutschen Sozialdemokratie vor. Über dieses Aktionsprogramm berichtete ausführlich das Vorstandsmitglied Willi Eichler.

Berlin, 20 bis 24. Juli 1954

Politisches Hauptreferat Erich Ollenbauer: "Die Einheit Deutschlands und die Einigung Europas". Sehr gründliche und freimütige Diskussion, insbesondere über die Frage einer westdeutschen Wiederaufrüstung. Ein viel zitiertes "Antrag 113" wünscht in Abänderung einer vom Parteivorstand vorgelegten Entschliessung die Ablehnung der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Der Antrag wurde mit grosser Mehrheit abgelehnt. In der gegen nur wenige Stimmen gebilligten Entschliessung des Parteivorstandes hiess es u.a.:

"Für den Fall, dass wirksame Vereinbarungen zwischen östlicher und westlicher Welt nicht zu erzielen sind, die Gefahren für die Freiheit und den Frieden der Völker fortbestehen und die Einheit Deutschlands in einem umfassenden System kollektiver Sicherheit trotz aller Bemühungen nicht erreicht werden kann, erklärt sich die Sozialdemokratie bereit, unter folgenden Bedingungen an gemeinsamen Anstrengungen zur Sicherung des Friedens und der Verteidigung der Freiheit auch mit militärischen Massnahmen teilzunehmen.

Ob dieser Fall vorliegt, stellt ein Parteitag fest.

Die Bedingungen sind:

- 1.) dass die Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands unablässig fortgesetzt werden;
- 2.) dass ein europäisches Sicherheitssystem im Rahmen der Vereinten Nationen angestrebt wird;
- 3.) dass Verträge, durch die sich die Bundesrepublik zu militärischen Leistungen verpflichtet, durch die Bundesregierung kündbar sind, wenn sie zu einem Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands werden sollten. Diese Verträge dürfen die künftige Regierung des wiedervereinigten Deutschlands nicht binden;
- 4.) dass die Gleichberechtigung aller Teilnehmer und die Gleichwertigkeit der ihnen Schutz dienenden Sicherheitsvorkehrungen gewährt sind;
- 5.) dass die demokratisch-parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte gesichert ist.

Die Sozialdemokratie wiederholt ihre Feststellung, dass die EVG diesen Anforderungen nicht entspricht.

In jedem Fall eines deutschen militärischen Beitrages fordert die Sozialdemokratie eine demokratische Wehrverfassung."

Weitere Entschliessungen gaben die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu folgenden Problemen wieder: Zur Lage in der Sowjetzone, zur Freilassung der noch nicht entlassenen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, zum Recht auf Verweigerung des

Waffendienstes, zur Kontrolle der Atomkraft-Entwicklung, zur Frage der Geistes- und Pressefreiheit. Ausserdem wurden eine Reihe von Abänderungsvorschlägen zum Dortmunder Aktionsprogramm verabschiedet.

Willi Eichler beschäftigte sich in einem Grundsatz-Referat "Die sozialistische Gestaltung von Staat und Gesellschaft" vor allem mit der Frage - wie er sie formulierte - "Wie stehen die Sozialdemokraten zu dem, was man mit dem Wort "Marxismus" unvollkommen umschreibt?" Auch an dieses Referat schloss sich eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion an.

Der Vorstand der Partei, der in München neu gewählt wird, setzte sich nach den Wahlen in Berlin folgendermassen zusammen:

Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes:

Erich Ollenhauer
Wilhelm Mellies
Willi Eichler
Herta Gotthelf
Fritz Heine
Max Kukil
Alfred Nau.

Unbesoldete Mitglieder des Parteivorstandes:

Heinrich Albertz
Luise Albertz
Lisa Albrecht
Willi Birkelbach
Franz Bögler
Max Brauer
Andreas Gayk +
Emil Gross
Franz Haas
Wenzel Jaksch
W.v.Knoeringen
Heinz Kühn
Dr. Walter Menzel
Franz Neumann
Prof. Dr. Carlo Schmid
Erwin Schoettle
Louise Schröder
Dr. Elisabeth Selbert
Fritz Steinhoff
Dr. Hermann Veit
Herbert Wehner
Dr. Dr. Fritz Wenzel
Dr. Georg-August Zinn

- - -